

# Emscher Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Lahn-Bote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen  
Die einspaltige Kleinseite  
oder drei Seiten 30 Pf.  
Reklameseite 90 Pf.  
  
Schriftleitung und  
Geschäftsstelle:  
Bad Ems, Römerstr. 3.  
Redakteur Dr. A.  
Verantwortlich für die  
Schriftleitung:  
Nich. Hein, Bad Ems.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 282

Bad Ems, Montag, den 8. Dezember 1919

71 Jahrgang

## Weitere Besetzung?

6. Dez. Der Pariser Vertreter der Entente berichtet, daß in der geistigen Sitzung des Oberkates, zu der auch noch hinzugezogen war, militärische Maßnahmen erungen worden seien, um wie schon gestanden ist Deutschland zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags zu nötigen, und das Interessentreten des Brüsseler Vertrags zu beschleunigen. Es sei die Erziehung des Ruhrgebiets und der Stadt Frankfurt a. M. in Betracht genommen. Der englische Generalstaatschef will nun zu dringenden Besprechungen nach Paris. Nach "Echo de Paris" bestehen Clemenceau und noch darauf anschließend ein Ultimatum zu richten. Die Note wird, er Matin sagt, heute redigiert.

## Neue Industriegeheimnisse unter Entente-Maßnahmen.

6. Dez. Die Entente hat die deutschen Regierung nach der "Deutschen Tagessitzung", einer Tageszeitung, in der sie das beabsichtigte Verfahren der militärischen Alliierten-Kontrolle niedergeschrieben. Dies bedeutet die Sicherung des gesamten geistigen Eigentums in chemischen Industrie. Um allen anderen Gesetzen wiederholte sich dasselbe. Um die Auslieferung dieser geistigen Eigentums unseres Volkes für sich sicher zu verlangt die Entente von unserer Regierung, daß Vertreter der deutschen Regierung deutsche Offiziere der Hauptkommission als auch allen Bezirks- und Land-Kommissionen zugewiesen werden. Diese Offiziere sind regelrecht befugt sein, die Anweisungen der Mitglieder-Entente-Kommissionen an die betreffenden deutschen Bezirks-, Kommissionen, Fabrikdirektoren zu übermitteln und Anweisungen den Charakter von Befehlen der deutschen Regierung zu verleihen.

## Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 3. Dezember 1919.

Am Ministerium: Hänisch. Die zweite Beratung des Ministeriums für Wissenschaft, Volks- und Kunstabildung besteht mit der formellen Anfrage des Abg. Dr. Friedberg. Begegnen über die evangelische Kirchenverwaltung.

Dr. Verndt (Dem.): Der Oberkurator hat d. 9. der Generalstrophe den Entwurf eines Gesetzes eingereicht, der im Widerspruch zur vorläufigen Sitzung bestimmt, daß bis zum Inkrafttreten eines künftigen Rechtes das Landesherrliche Kirchenregiment unter Mitwirkung des Generalprokurator ausübt würde und im Widerspruch mit den Aussagen steht, daß die Wahlen zu den verfassunggebenden Landesversammlung unmittelbar unter Einschränkung der Freiheit vieler Kirchenangehörigen erfolgen soll. Was die Regierung tun, um gegenüber diesem Entwurf die Rechte des Staates und der evangelischen Staatsbürger zu schützen? Es folgt eine formelle Anfrage der Deutschen Partei über die Freiheit der Religionsgesellschaften.

Reinhart (D. Pd.): Der Widerspruch mit dem Entwurf und dem Besluß des Dresdener Kirchenrates ist in unserem Haushaltssitzung Stimmen erhoben, die den staatlichen Einfluss auf die evangelischen Kirchen aufrecht erhalten und die Handlungsfreiheit der Gemeinde einschränken wollen. Das hat große Beunruhigung hervorgerufen. Wir fragen die Regierung, ob sie die handlungsfreie Freiheit der Religionsgesellschaften und der verfassunggebenden Kirchenversammlung Handlungsfreiheit gewähren will? Der Staat sollte meines Erachtens in innerlicher kirchlicher Angelegenheiten nicht einmischen. Ein Wahlrecht im Sinne des Vorsitzes schützt nicht die Minorität. In der allgemeinen Bevölkerung soll auch die Beantwortung dieser Fragen sein.

Dr. Wegscheider (Sz.): Wir wollen den Lebewohl der zu Grabe gehenden Kultur zur neuen Kulturreicher Form. Wir verlangen daher auch nicht den vollen Abschluß kirchlicher Aussagen aus dem Staatsrecht. Wir stehen auf dem Boden des Schulkompromisses.

Dr. Lautscher (Dtr.): In ihren Anforderungen wird die Kirche gewiß gern der Finanzlage des Staates an-

tritt. Rabe (Dem.): Wir bewilligen den Kirchenhaushalt, wir bereiten gleich wohl die Trennung der Kirche vom Staat vor.

Dr. Klingemann (Deutschnat. Bp.): Das aktuelle Staat und Kirche ist nicht etwa durch einen Bruch oder durch eine Verordnung zu lösen. Eine rein katholische Staatskirche hat es nie in Preußen gegeben. Die Trennung muß sich im Geiste der Gerechtigkeit vollziehen. Kultusminister, der außerhalb der Konfessionen steht, ja tatsächlich über den Parteien steht. Aber selbstverständlich ist das nicht. Das Wort Wilhelms I.: Dem muß die Religion erhalten bleiben, muß auch jetzt bestehen haben, obgleich zugegeben werden muß, daß damals Mißbrauch getrieben worden ist. Was man auch den alten Staat sagen mag, er hat es jedenfalls versucht, zu regieren, während die neue Regierung dies noch weiterhat. Sehr wahr! rechts.) Eine konfessionelle Trennung ist auch nach meiner Ansicht nur unumstößlich. Die Erhaltung der theologischen Fakultäten auf den Städten freuen wir uns. Wir wollen gerade die theologische Wissenschaft in engster Verbindung mit der allge-

meinen Wissenschaft sehen. Das Evangelium von Gottes Herrlichkeit und Gnade wollen wir unserem Volke unbedingt erhalten wissen.

Minister Hänisch: Nach meinem Empfinden muß von den Koalitionsparteien in erster Linie getont werden, was uns einigt, nicht was uns trennt. Ich halte im Hauptausschuß immer hervorgehoben und kann es hier nur wiederholen, daß es in meinem Projekt eine große Anzahl von Fällen gibt, wo alle parteipolitischen Gegenseiter zurücktreten können, wo alle Parteien gemeinsam am Volkswohle arbeiten können. Daß die politischen Gegenseiter nicht auf die Spur getrieben werden sollen, gilt für alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, es sollte derselbe gelten für die Koalitionsparteien selbst. Das Herr Dr. Lautscher nicht in diesem Sinne gesprochen hat, zeigt doch deutlich der lebhafte Beifall, den seine Rede auf der rechten Seite fand. (Zustimmung und Widerspruch, fortlaufende Urtheile rechts.) Im Ausschuß habe ich erklärt, daß ich den Schulkompromiß, nachdem er Verfassungskraft erlangt hat, mit aller Loyalität durchführen werde, und ich bitte das Zentrum, von dieser Erklärung Nutzen zu nehmen. Die Trennung von Kirche und Staat ist beschlossen. Es handelt sich nur noch um die Feststellung von Modalitäten dieser Trennung. Auch bei diesen Auseinandersetzungen wird mit aller nur denkbaren Schonung der berechtigten kirchlichen Interessen materieller und ideeller Art vorgegangen, und wir werden beim Reich in der gleichen Richtung wirken. Bereits bevor das Reich bezügliche Richtlinien gegeben hat, habe ich durch Verordnung auf den Fall aller der früheren kleinen Religionen hingewirkt. Die Kirche wird auch in der Steuererhebung nicht anders behandelt werden, als alle anderen Körperchaften des öffentlichen Rechtes. Wir arbeiten mit Hochdruck, können aber unmöglich alles auf einmal tun. Hauptsächlich wird sich die Trennung von Kirche und Staat in religiösem Geiste vollziehen. Verteilung der künftigen evangelischen Kirchenverfassung wünschen wir nach Möglichkeit Konflikte vermieden zu sehen. Der Minister verließ hierzu eine längere formulierte Erklärung.

Abg. Dr. Voelkli (Dtsch. Bp.) schildert eine Reihe von Missständen.

Abg. Dr. Lautscher (Dtr.): Der Minister hat seinerseits den Kriegspfad beschritten und zwingt mich damit, ebenfalls zu werden. Es ist für uns unerträglich, wenn die Kirche aus ihrer Position in der Schule Schritt für Schritt herausgedrangt wird. Dagegen müssen wir uns wehren. Wir können dabei keine Rücksicht auf die Koalition nehmen. Wir werden Zug um Zug und Tag um Tag in den für uns allerwichtigsten Fragen niedergestimmt, das können wir nicht stillschweigend über uns ergehen lassen. Man ist der mit interessierten Partei doch auch einige Rücksicht schuldig. Den Weimarer Schulkompromiß stellt der Minister so dar, als ob das Zentrum sein Vater sei. Das ist geschichtlich unrichtig. Wir müssen nur gegen eine nicht loyale Ausführung des Kompromisses auf das entschiedenste verhindern. Ist der Minister sich über die Wirkung seiner "Vorwärts"-Artikel in den nichtchristlichen Kreisen klar geworden? Einen Vorwurf gegen die Koalition habe ich natürlich nicht beabsichtigt.

Um 6.15 Uhr erklärt sich, da der Abg. Wolf Hoffmann, der Redner der Unabhängigen, immer noch nicht im Hause eingetroffen ist, als dritter in der Reihe folgt, der

Abg. Richter (D. Bp.) zum Eintragen bereit. Er spricht für die volle Autonomie der evangelischen Kirche und gegen den Vorwurf der Demokraten. Schon Friedrich Naumann habe in Weimar die demokratische Kirchenpolitik vertreten. Diese Politik könne nur zu einem neuen Kulturskandal führen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Sitzung vom 4. Dezember

Die zweite Beratung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird fortgesetzt.

Wolf Hoffmann (M. S.): Die Rechte fürchtet die Trennung von Staat und Kirche würde den Staat zerstören. Ja welchen Staat? Doch nur den Staat der Reaktion, der Unterdrückung und Ausbeutung, der die Kirche braucht. Wenn Hänisch im Amt bleibt will, dann braucht er die Unterstützung des Zentrums, und die bekommt er nur, wenn er katholisch wird (Reiterfeier). Wenn unser Volk wieder hochkommen will, dann ist die Freiheit der Schule von der Kirche notwendig. Hänisch ist ein guter Mensch, aber ein Spielball des Zentrums. Das ganze Volk muss an der Kultur teilnehmen. Großes Vertrauen haben wir zu dem Minister, zu dem reaktionären Eiertanz, den er seit Januar ausführte, nicht haben. In der Zeit der Republik soll die Kirche endlich mit ihren Goldbeständen heraustrücken.

Dr. Schlachtmann (Sz.): Im Volkschulwesen macht sich noch der Missstand bemerkbar, daß die Dozenten die Aufnahmefähigkeit ihrer Hörer noch nicht richtig einzuschätzen wissen. Deshalb ist es notwendig, daß der Minister auf die Leiter der Provinztheater einwirkt, daß sie in größerer Zahl billige Volksvorstellungen geben. Wir können der Religion im Staatswesen ganz gut entgehen. Die Trennung von Kirche und Staat muß rücksichtslos durchgeführt werden. Bei der Schule muß das Elternrecht mehr zur Geltung kommen. Wir erstreben noch wie vor der Einheitschule. Soll das deutsche Volk gründen, so bedarf es einer guten Bildung. Die Erkenntnis wird sich bald brechen, da der demokratisch sozialistische Gedanke im allgemeinen Gesellschaftsleben Weltung finden muß. (Wortfall bei den Sozialdemokraten).

Jordan (Dem.): Den Religionsunterricht wollen wir in der Schule nicht entbehren; denn wer dem Volke die Religion nimmt, raubt ihm etwas von seiner Bildung. Politik wollen

wir in der Schule nicht. Auch mit den politischen Schülern einen muß aufgeräumt werden.

Delze (Dnat.): Wir lehnen grundsätzlich jede Einmischung des Staates in die Angelegenheiten der Kirche ab. Für uns ist die Religion die Grundlage der Kultur und Volksverehrung. Wir bedauern, daß ein großer Teil unseres Volkes nun ohne Religionsunterricht aufwachsen wird. Wir wollen nicht, daß der Stand unseres Schulwesens irgendwie herabgedrückt wird.

Minister Hänisch: Dieser Staat ist im Grunde schon vor der Revolution festgesetzt worden. Ich kann also nicht für jeden einzelnen Titel haftbar gemacht werden. Ein Gefangen der Zentralismus bin ich nicht. Unter meinen Mitarbeitern sind auch unabhängige, kluge Leute, die meine Politik gutheißen. Das Programm der Unabhängigen ist nichts weiter als ein elender Abklatsch des russischen Machtsystems. Von einem ratsamem Geiste, den mir die Unabhängigen vorwerfen, ist in meinem Ministerium keine Spur vorhanden. Wenn auch Sozialdemokraten zu leitenden Schulamtsstellen berufen werden, so ist das keine Parteidiktatur, sondern die Wiedergutmachung eines alten Unrechts. Aber immer entscheidet die Tüchtigkeit. Verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Lehrer ist es, die Jugend zu erziehen in der Achtung vor der Verfassung und den Gesetzen.

Damit schließt die allgemeine Befreiung. Die Abstimmung wird ausgezogen.

Dr. Granc (Soz.): Ich hoffe, daß sich Kunst und Wissenschaft jetzt freier entwickeln können als unter dem monarchischen System. Auf architektonisch schöne Städtebilder werden ganz besonders gesieben werden müssen. Redner wünscht billigere Preise bei den Staatsoper, damit auch zu geringen Preisen ein guter Platz erzielbar sei. Auch die Zahl der billigen Volkskonzerte bedürfte der Vermehrung. In der Schule gehöre die Förderung des Kunstverständnisses.

Hesse (Centr.): Spricht dem Geheimrat v. Bode für seine erfolgreiche kulturelle Sammtätigkeit Dank und Anerkennung aus.

Dr. Zeier (Dem.): Spricht vor leeren Bänken ebenfalls zu dem Kapitel Kunst und Wissenschaft.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Weiterberatung des Entwurfsatzes. Bisher keine Anfragen.

Sitzung vom 5. Dezember 1919.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Anfragen geht das Haus die zweite Beratung des Kultusministeriums, Abteilung 2, Kunst und Wissenschaft, fort. Die Abg. Ritter (D. Bp.), Hennig (M. S.) und Frau Garisch (D. Bp.) tragen Wünsche und Anregungen ihrer Parteien vor.

Unterstaatssekretär Dr. Becker vom Kultusministerium spricht über das Verhältnis von Kunst zum Staat und Kunst zum Volke. Es müsse erogen werden, ob es nicht möglich sei, eine neue Organisation zu schaffen, die die Kräfte seiner erfasse. Es dient dabei an die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Organisation, die eine Vertretung des Künstlervereins darstellen solle. In Bezug auf das Theater schweigt ihm eine Entwicklung vor, wie sie die Volksschule genommen hat. Die Bühne der Musik werde im Rahmen der Volkshochschule einen Platz finden. Er erklärt, daß zur Erhaltung des Nächsteren Münster-Chores 50.000 Mark zur Verfügung gestellt seien. In die Schule gehöre die Kunst ganz anders wie früher hinein, damit sie ihren erzieherischen Wert betätigen kann.

Kultusminister Hänisch: Die Sozialisierung des Theaters sei zunächst als Kommunalisierung der Stadtheater gedacht. Den ersten teuren Aufführungen der Pfingstmesse Oper Palästina in Berlin seien verbilligte Aufführungen des selben Werkes gefolgt. Ohne die teuren Preise bei den ersten Aufführungen wäre dies nicht möglich gewesen. Auch hier sei also ein sozialer Zweck erreicht worden. Das Volk müsse mehr ins gute Theater hinein, dann nur dadurch würde die Verbindung zwischen Volk und Kunst immer enger werden.

Damit ist der zweite Teil des Kultusministeriums erledigt. Es folgt der dritte Abschnitt: Volksschulen, Elementarunterrichtswesen. Dazu liegen 27 Anträge des Hauptausschusses und 18 Anträge aus dem Hause, sowie eine formelle Anfrage vor. Eine mündliche Verlehrerstatung über die Ausschungsanträge findet nicht statt, auch von den aus dem Hause gestellten Anträgen erfolgt mit bei wenigen einer kurze Begründung.

Abg. Ley-Reinwein (Dtr.) befürwortet den Antrag seiner Partei: Die Regierung zu ersuchen, anlässlich der Neuregelung des Lehrerbildungswesens die seminarisch vorgebildeten Seminarlehrer und die staatlichen Präparandenlehrer in gleichwertigen Stellen unterzubringen und sie zunächst in die Lehrkörper der neuen Lehrerbildungsanstalten zu übernehmen.

In der allgemeinen Aussprache beteiligen sich die Abg. König (Soz.) und Gottwald (Dtr.). Gottwald (Dem.) und Delze (Deutschnat. Bp.) Der Abg. Hennig (M. S.) erklärt sich wiederlich außerstande, nach achtstündiger Sitzung noch zu reden. Deshalb beginnt der Abg. Helmrich (D. Bp.) seine Etatsrede.

Um 8 Uhr wird die Beratung geschlossen.

**Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt.**

Durch Beschluss der preußischen Staatsregierung (Preußische Gesetzammlung Nr. 48) ist mit Wirkung vom 1. November 1919 die Zuständigkeit des neu gebildeten Ministeriums für Volkswohlfahrt jetzt endgültig festgelegt worden. Die umfassende Zuständigkeit des neuen Ministeriums regelt sich in den drei Abteilungen 1 für Volksgesundheit, 2 für Wohn- und Siedlungswesen, 3 für Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge.



## Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 4. Dezember 1919.

Die Fraktionen der Nationalversammlung hatten während einer einzigen Pause, welche das Plenum in seine Sitzung eingeschoben hat, Gelegenheit, zu den neuen Steuervorlagen des Reichsfinanzministers und zu programmatischen Ausführungen Stellung zu nehmen. Heute wurde die allgemeine Aussprache über diese Themen begonnen.

Der erster Redner aus dem Centrum sprach für die Mehrheitsfraktionen des Abg. Kell der zunächst den Reichsminister und seiner ganzen Verwaltung die Anerkennung seiner Partei ausprach für die enorme Arbeit, die im Laufe dieses Jahres ab auf dem Gebiete der Steuern geleistet worden sei. Soviel Monate man jetzt gespart hat, hätte man früher Jahre gebracht. Der Redakteur antwortete, daß die ungeheure Milliardenlast, die wir tragen haben, mit direkten Steuern und mit Besitzsteuern nicht ausgebracht werden kann. Mit der Einführung erklärt er sich trotz mancher Vorbehalte im einzelnen möglich einverstanden. Die Erzählgerechtigung des Finanzministers erscheint ihm noch zu vorsichtig.

Centrums des Beitrags sprach der Abg. Dr. Lehnter, zunächst die Erfüllung der Rechte bestimmt und z. a. die Tatfrage anspricht, daß wir im Deutschen nicht weniger als 168 Minister hätten. Im Zentrum der Ersparnisse liege auch ein möglichst baldiger in der Kriegsgesellschaften. Weiterhin wird er die Frage ob nicht auch Länder und Gemeinden in der Entwicklung mitspielen könnten. Bedenken äußert gegen die Bestimmung, wonach das steuerpolitisch einzutreten an der Quelle durch die Arbeitnehmer einzutreten werden soll. Zu prüfen sei auch, ob das steuerfrei nicht zu niedrig gegriffen ist.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärt u. a.: Wenn gezeigt worden ist, es sei Gefahr vorhanden, daß Reichsnottopfer beschlagnahmt werden könnte, und wenn von der rechten Seite des Hauses der Zorn gekommen ist: „Ja, damit müssen wir rechnen“, so ist es wohl bestätigt hier eine Erklärung zu wiederholen, die ich im Ausschuß bereits abgegeben habe. Die Frage, ob dem Friedensvertrage möglich ist, die Erneuerung des Reichsnottopfers von uns zu fordern, ist von der Regierung mehrfach beantwortet worden. Ich, daß seit dazu nicht besteht, wenn Deutschland jenen Verpflichtungen nachkommt. Der Wiedergutmachungsanschluß, in sich weitgehende Befugnisse zu stehen, hat diese Vergangenheit nicht. Wie Deutschland seine Verpflichtungen kommt, ist seine Sache, ob es mit beweglichen oder unbeweglichen Gütern, Schiffen, Schuldverschreibungen, Wertpapieren, mit deutschen oder nichtdeutschen Geldsorten befreit.

Eine bestimmte Art der Vertragserfüllung kann der Regierung nicht fordern. Darüber ist nirgends etwas gesagt. Der Ausschuß das Reichsnottopfer zu beschlagnahmen, so wäre das ein Eingriff in die Finanzhöheit des Deutschen Reiches. Nach feierlichen Erfahrungen der Vergangenheit ist ein solcher Eingriff nicht geplant. Der Wiedergutmachungsanschluß hat keinecretivere. Die Verpflichtungen des Friedensvertrages können nicht so ausgeweitet werden, als ob die Mächte das Recht hätten, Deutschland zu dictieren, daß es bestimmte Steuern auszuschreiben müsse. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß ein der Beschlagnahme nicht besteht, folgende Verpflichtungen nachkommen. Als erstmalige Zahlungen wir 20 Milliarden in Gold an den Verband zu, die wir in Schuldberechnungen erfordern. Dieser folgt eine weitere Schuldberechnung von 40 Milliarden, die wir mit 25 Prozent zu versetzen haben. Eine Zahlung von 40 Milliarden, über deren Zahlung nichts feststeht, folgt. Die Möglichkeit, daß der Verband seine Bezeichnung von Recht und Freiheit auf eine militärische Erledigung seiner Ansprüche drängt, ist nicht auszuschließen. Unter diesem Gedankengange hat die Reichsregierung beschlossen, den gegebenden Körperschaften zu die über das Reichsnottopfer zu unterstreichen. Auch der Finanzminister steht auf dem Standpunkt, daß eine Abnahme des Reichsnottopfers nicht möglich ist. Was Dr. Beimler ausgesprochen hat über die 168 Minister, Deutschland regieren und über die willigierenden Parlamentarier, so kann ich nur bitten, daß allein die Konsequenzen aus diesen Darlegungen des Kollegen Dr. Beimler gezogen werden. Man soll hier nicht immer nur jonden auch die Konsequenzen aus den vorgebrachten Sachen ziehen. Wenn weiter der Abbau der Kriegs-

gesellschaften gewünscht wird, und anderweitige Maßnahmen beim Verkauf von Heeresgütern verlangt werden, so kann ich Ihnen mitteilen, daß das Reichskabinett beschlossen hat, ein eigenes Abwickelungsamt zu schaffen. Gegenwärtig sind nicht weniger als 2000 Abwickelungssstellen in Tätigkeit. Jede Kasse hat für sich abgerechnet oder auch nicht. (Heileseit). Wir müssen noch im Jahre 1923 diese Abwickelungssstellen haben, wenn wir nicht eingreifen würden. Da hat der Reichsfinanzminister um die Ermächtigung gebeten, daß er als Chef des Abwickelungswesens bestimmt werde. Das ist erfolgt und das Amt ist errichtet. Ich hoffe bis zum 1. April 1920, spätestens bis zum 1. Mai sämtliche Abwickelungen nach der persönlichen Seite hin vollzogen zu haben. Hinsichtlich der Abwicklung nach der materiellen Seite habe ich dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß einen entsprechenden Entwurf unterbreitet. (Barfuß links: Ist bereits beschlossen!) Das freut mich. Ich hoffe, daß der Besluß der Vorlage entspricht. (Zustimmung links.) Dann habe ich also weiter die Ermächtigung zu verlangen, daß alias, was einen Rechtsanspruch aus dem Kriege herleiten könnte, innerhalb drei Monaten angemeldet werden muß. Damit erhalten wir einen Überblick über die gesamten Kosten des Krieges. Anfangs März werden wir dann die gesamte Liquidation des Krieges vollziehen können. Die Reichsregierung ist bereit und gewillt, der Nationalversammlung sodann die beschleunigte Abwicklung zu ermöglichen. Daraus wird sich eine erhebliche Ersparnis ergeben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dernburg (Dem.): Die Reichseinkommensteuer halten wir noch Absicht und Aufbau für zweckmäßig. Die Kriegs- und Revolutionsgewinne müssen auf das schärfste herangezogen werden. Auf Steuerdrückerei müssen die schärfsten Strafen gesetzt werden. Das Reichsnottopfer wird erst dann zu erheben sein, wenn die Absichten des Verbündeten klar ersichtlich sind. Zweifellos ist, daß das Reichsnottopfer zu der ungeheuren Kapitalabwanderung geführt hat. Aus unserer Valutanot können wir nur herauskommen, indem wir dafür sorgen, daß uns das Ausland mehr schuldet, als wir ihm. Auf den guten Willen des amerikanischen Volkes, uns mit einer Anleihe zu helfen, bitte ich, keine allzu großen Hoffnungen zu setzen. Wir müssen allein auf unserer Not herauszukommen suchen und werden es auch tun. Die Fundierung unserer schwebenden Schulden ist eine Hauptaufgabe für die Wiederaufrichtung unserer Währung. Nur durch intensive Mitarbeit aller Volkskreise ist es uns möglich, aus allem Elend herauszukommen. Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Gelegenheiten behalten wir uns vor, da es nicht möglich ist, in so kurzer Zeit dieses umfangreiche Material durchzuarbeiten. Förderung des Unitarismus, aber nicht des Zentralismus! In diesem Sinne werden wir gerne an den Gelegenheiten mitarbeiten. (Beifall.)

Weiterberatung: Samstag 1 Uhr. Schluss nach 6.30 Uhr.

Sitzung vom 5. Dezember 1919.

Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Fragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mum (D-Nat. Bp.) wegen Rücklieferung des beschlagnahmten Goldenguts erwidert ein Regierungsvorsteher, daß die kirchlichen Behörden bereits zu einer Besprechung über diese Angelegenheit eingeladen seien und das Ergebnis derselben später mitgeteilt werden soll. Auf eine Anfrage desselben Abgeordneten betr. die Hinzuziehung von Fachleuten aus dem Lehrstand und den Religionsgesellschaften sowie der Hochschulen zu der bevorstehenden Reichsschulkonferenz erklärt Minister Koch, daß die im Oktober abgehaltene Vorbesprechung nur das Programm und die Teilnehmerliste für die Reichsschulkonferenz festgelegt hat. Zu der Konferenz würden selbstverständlich die Vertreter der Hochschulen hinzugezogen werden, wie auch alle in Frage kommenden Körperschaften ohne Rücksicht auf politische oder konfessionelle Verhältnisse.

Abg. Astor (Bz.) und Genossen wünschen die Berufung eines Einzelmannes. Geheimrat Dr. Jung erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung auf den Wunsch einzurichten.

Auf Anfrage der Frau Dr. Schirmacher (Deutsch. Bp.) erwidert ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß die Reichsregierung alle Maßnahmen, mit Einschluß der Bereitstellung von Geldmitteln, getroffen habe, zur unverzüglichsten Heimzuführung aller deutschen Gefangenen aus Malta über Italien. Sie werden voraussichtlich am 8. oder 9. Dezember in Innsbruck eintreffen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Bp.) wegen der angekündigten Preiserhöhung der Weihnachtsbäume auf 8 bis 20 Mark für Tannen, 16 bis 25 Mark für Fichten und 14 bis 20 Mark für Edeltannen erwidert

sich der Abg. Dr. Schirmacher, daß die Weihnachtsbäume auf 8 bis 20 Mark für Tannen, 16 bis 25 Mark für Fichten und 14 bis 20 Mark für Edeltannen erhöht werden. Es handelt sich um die älteste Epoche, die Hallstattperiode so genannt nach dem Hauptort Hallstatt im Salzkammergut.

Wir betrachten wir uns einmal die Zeitspanne etwas näher. Wie gegen Ende der jüngeren Steinzeit das Eisen und später die Bronze erst in einzelnen kleinen Gegenständen, vor allem als Schmuck, den Beginn der Metallzeit einleiteten, so kam auch, zuerst nur in geringem Umfang, in der Regel als Zierat, bald aber immer zahlreicher, besonders in Gestalt der verschiedenen Waffen, gegen Ende der Bronzezeit von Süden her das Eisen in unser Land. Es vermochte zwar die Bronze nicht gänzlich zu verdrängen, die wir auch in der Hallstattzeit noch recht häufig in den Gräbern antreffen, jedoch prägte das neue Metall, bald der ganzen Periode seinen Stempel auf.

Welche Kulturschichten sind nun bei uns die Verbreiter und Träger dieser neuen Kulturschicht geworden? Neuerdings geben uns die Hügelgräber unserer Heimat, die fast alle diesem Zeitspanne entstammen, Aufschluß. Gegen

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Der Reichswirtschaftsminister beantragt die Preissteigerung, muß aber von allgemeinen Anordnungen Abstand nehmen. Eine erhebliche Preissteigerung ist mit Rücksicht auf die örtliche Verschiedenheit nicht möglich.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mum, ob zur Weihnachtszeit wieder eine Verkehrsbeschränkung zu erwarten sei, erklärt ein Regierungsvorsteher, die erste Verkehrsbeschränkung habe eine völlige Besetzung im wirtschaftlichen Verkehr zwar nicht gebracht, die Regierung hoffe aber, eine Wiederholung der Sperrung vermeiden zu können.

Abg. Schiele (Deutsch. Bp.) fragt nach den Gründungen, weshalb 12 Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes noch keine Verständigung über den Wiederaufbau erzielt worden sei. Ein Regierungsvorsteher erwidert: Seitens des Wiederaufbauministeriums sind unabhängig von den französischen Notenschritten unternommen worden, um eine alsbaldige grundsätzliche Klärung der Frage der von Deutschland zu übernehmenden Aufgaben zu herbeizuführen, da diese Frage alsbald geklärt werden muß.

## Kunst und Wissenschaft.

(1) Gemälde der Regierung. Die Regierung der Oberschule aus dem Nachlass von Prof. Ernst Meissner in Frankfurt a. M., dem letzten Träger der bekannten Frankfurter Künstlerfamilie, erbrachte rund 300 000 Mark.

## Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein.

Unter Leitung des Geh. Justizrats Dr. Alberti-Wiesboden hielten die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein in Frankfurt ihre 5. Hauptversammlung ab. Aus den Räumen der zweitürigen Verhandlungen seien die Vorträge von Bankdirektor Malz, Frankfurt a. M. über „Aktuelle Bank- und Genossenschaftsfragen“ und von Prof. Dr. Grüger, Berlin über „Die Kreditgenossenschaften in Gegenwart und Zukunft“ hervorgehoben. Kammerhauptmann Schröder-Wiesboden schilderte die Rückwirkung der neuen Strukturen auf das wirtschaftliche Leben. Von der Sozialisierung werden die Genossenschaften nicht berührt, da diese gesetzlich bereits als sozialisiert gelten. In der erhofften Beteiligung am Wiederaufbau Nordfrankreichs würde dem Handwerk ein reiches Arbeitsfeld für lange Zeit geboten. Dem von Dr. Alberti-Wiesboden gehobenen Geschäftsbuch für 1918/19 zufolge gehörten dem Verband zurzeit 74 Kreditgenossenschaften mit 64 000 Mitgliedern aus der Rheinprovinz, Hessen und Westfalen. Der Gesamtumfang betrug 4 851 486 497 Mark (1914: 1 893 722 978 Mark). Der Gewinnbetrag beläuft sich auf 2 730 404 Mark. Für gemeinnützige Zwecke stellte der Verband 108 279 Mark zur Verfügung. Das eigene Vermögen von 68 Kreditgenossenschaften beträgt 46 543 778 Mark (1913: 40 336 170 Mark).

Wiederaufbaumeister Gehrke hielt im Frankfurter Handelskammerhaus mit Vertretern aller in Frage kommenden Körperschaften Besprechungen über Maßnahmen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs ab.

## Aus Provinz und Nachbargebieten

1. Delligsen, 6. Dez. Den Gefreiten Heinrich Daz von hier wird für besondere Tapferkeit noch nachträglich das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen.

1. Das Versorgungsamt Frankfurt a. M. schreibt uns: Entsprechend den Grundrissen für die Fahrtung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an die im Dienst befindlichen Reichsbeamten kann auch den pensionierten Offizieren und Beamten und ihren Hinterbliebenen diese Beihilfe in Höhe von 50 bis 100 vom Hundert der für jene zuständigen Tage bewilligt werden. Die Beschaffungsbeihilfe für aktive Reichsbeamte beträgt: 600 Mark für Befiege, 1000 Mark für Verkehrsbeamte und daneben 200 Mark für jedes zu berücksichtigende Kind. Wer eine laufende Kriegsbeihilfe schon beantragt hat, braucht sein Beifür nicht zu wiederholen, auch nicht wenn es früher abgelehnt worden ist. Den Dienststellen, die die Anträge noch zu prüfen haben, erwähnt dadurch eine erhebliche Arbeit. Es muß sich daher nicht vermeiden, daß sich die Auszahlung der Beihilfen etwas verzögern wird; sie werden aber so schnell wie möglich und auf einmal angewiesen werden. Wer dagegen noch keine laufende Kriegsbeihilfe beantragt hat, tut dies sofort als möglich. Kurzer Antrag in einfachster Form genügt. Geltend der Antrag nicht mehr in diesem Monat bei der Abwickelungsabteilung des Versorgungs-Departements, Berlin SW 48. Verlängerte Bedemannstrasse 10 ein, so da die einmalige Beschaffungsbeihilfe nicht mehr bewilligt werden.

1. Frankfurt a. M. 6. Dez. Ein Millionenbetrag. Um gewaltige Summen hat der von der Staatsanwaltschaft Kassel geführte 30-jährige Kaufmann Ernst Mögge aus Ditzlar hisige „Interessenten“ geprellt. Mögge, der in einem

das Ende der Bronzezeit, etwa das Jahr 1000 v. Chr., muß in unser Nassauer Land ein neuer Volksstamm eingewandert sein, dessen Hinterlassenschaften sich von den bisher üblichen Fundstücken sehr unterscheiden. Während in der reinen Bronzezeit in unserer Gegend fast ausschließlich Leichenbestattung erfolgte (Steinkisten), finden wir in der neuen Periode häufig Beisetzung mit allen Zeichen von Verbrennung — sogenannte Brandgräber — deren Inhalt gewaltige Tongefäße mit der Totenmaske und zahlreiche kleinere, ancheinend nach Metallvorbildern gearbeitete Gefäße bilden. Hier und wieder finden sich auch Waffen als Grabbeigaben. Diese Totenreste sind meist in größeren Gruppen flacher Hügel, den sogenannten „Urnengräber“, beigesetzt, weshalb man auch die Bevölkerung, da uns vorläufig noch ein sicherer Name fehlt, als „spätbronzezeitliche, bzw. frühfürstliche Urnenfelder-Verfolkerung“ bezeichnet hat.

Man nimmt an, daß diese Einwanderer, die vielleicht einem illyrisch-slawischen (?) Volksstamm angehörten, von Süden kamen, in Mitteldeutschland eingebrochen sind und die Bevölkerung aus der Bronzezeit vertrieben oder unterjocht haben. Die Ausbreitung des neuen Volkes läßt sich recht gut verfolgen. Vom Oberthein aus zeigten sich seine Spuren nicht nur längs des Rheins bis unterhalb Andernach, sondern auch im unteren und mittleren Maindreieck und bis zur Werra hin. Auch die Vorhöhen des Taunus, Westerwald und Vogelsberg, sowie vor allem die fruchtbaren Talweiten des mittleren Lahngebietes finden wir von ihnen besiedelt. Reiche Funde aus den oben angeführten Gräberfeldern, besonders aus der Gegend des goldenen Grundes, von Hachingen und Eppendorf, sowie aus unserer weiteren Umgebung, von Ems und Wallmerod, geben uns ein Bildnis ihrer Kultur. Auch die Etcedener Höhlen, die wir bisher in jeder Zeitzone besiedelt fanden, enthielten ihre Leberreste. Im Verlaufe der Hallstattzeit blieb die Bevölkerung im ungestörten Besitz des eroberten Gebietes. Sie trieb in der Hauptfläche Ackerbau, verbrannte ihre Toten und legte sie in der oben angeführten Weise in Grabhügeln bei.

(Forts. folgt.)

ersten Hotel am Bahnhof wohnte, verkaufte gemeinsam mit einigen Geschäftsmännern an Geldschieber einen Schein über 346 000 Fr. François lautend auf die Bank fand er zu Jura in Genf für 1 000 000 Mark. Die Schieber reisten zur Einlösung des Scheins persönlich nach der Schweiz, erhielten aber schon in Basel, daß in Genf die genannte Bank überhaupt nicht vorhanden ist. Sie waren Schwindlern in die Hände gefallen. Mögliche wurde verhöht; seine Genossen hatten rechtzeitig das Weite gesucht. Das Geld ist verschwunden. Arme Schieber!

... Frankfurt a. M., 6. Dez. Aus dem Rüsselschrank des Kunstvereins stahl ein mit den Verhältnissen aufs genaueste vertrauter Dieb in einer der letzten Nächte mittels eines Nachschlüssels 40 000 Mark Bargeld und für 25 000 Mark Scheine. Die Tat ist unzweifelhaft mit dem Schlüssel ausgeführt, der vor mehreren Monaten auf unerklärliche Weise verschwand.

... Höchst a. M., 6. Dez. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden kürzlich drei Waggons Schmalz und zwei Waggons Speck, die Frankfurter Firmen aus dem besetzten Gebiet ausführen wollten, beschlagnahmt. Die Firmen erhoben dagegen Einspruch, daß Gericht wiss diesen ab. Infolgedessen verfällt der Erlös aus der Ware, rund eine Million Mark, dem Staate.

... Bilbel, 6. Dez. Vier junge Burschen stahlen in der Nacht zum Montag aus dem Gasthaus „Zur Rose“ für etwa 10 000 Mark Wäsche und boten den Raub am nächsten Morgen der Verwalterin einer Kriegsfläche in Frankfurt zum Verkauf an. Die Verwalterin dachte anders und veranlaßte die Verhaftung der jugendlichen Diebesbande.

... Bad Orb, 4. Dez. Durch eine Feuerbrunst wurde die große Gemeinschaftsschule fast reichen Vorräten eingehüllt. Die anschließenden Wohnhäuser konnten rechtzeitig gerettet werden.

... Groß-Breitenbach, 3. Dez. Nach einem Wortwechsel gab der Arbeiter Adolf Dentsch auf dem einen Arbeitgeber, den Fabrikbesitzer Eger einen Schuß ab und tödete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf, er ist schwerverletzt.

... Holzheim, 5. Dez. Zum ersten Male nach dem Kriege trat der Gesangverein „Eintracht“ mit einem Liederabend an die Öffentlichkeit unter Mitwirkung des Solisten Hein Heidersdorf. Nach einem einladenden Eröffnungsmarsch und dem Lied „Gott grüß Dich“ begrüßte der Dirigent Peter Heidersdorf die Gäste, betonend, daß die Lücken, die der Krieg geschaffen, wohl wieder ausgfüllt, aber der Verein noch nicht auf die alte Höhe gebracht werden konnte. Dann weiter die Wirkungen des Gesanges aus alt und jung hoch und niedrig in froher und ernster Stunde beeindruckend, flocht er die Bitte ein, daß alle Stimmenabgaben sich den Gesangvereinen anschließen möchten. Er tritt noch mit, daß ein Teil des Gelädes den Hinterbliebenen als Weihnachtsgabe übermittelt werden sollte, und schloß mit dem Wunsche, daß alle einige schöne Stunden in der Mitte der Sanierter verleben möchten. Herr Hein Heidersdorf zeigte sich seiner selbstgestellten Aufgabe voll gewachsen und erntete jedes Mal sehr viel Applaus. Der Verein sang seine Lieder in einer Weise, die bei dem schönen Stimmenmaterial zu den schönsten Erwartungen berechtigt. An der Pause wurde dem Ehrenmitglied R. Meurer in dankbarer Erinnerung der, während des Krieges dem Verein geleisteten Dienste, ein Ehrendiplom überreicht. Zum Schluss trat dann die Kapelle in Tätigkeit, deren Weisen die Gäste noch einige Stunden bejammerten hielten.

### Aus Nassau und Umgegend.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltet am Mittwoch dieser Woche einen Vortragsabend, in dem ein Landwirt, Herr v. Stedman, über das Ordnungsprogramm spricht, das vor einiger Zeit der Führer der Deutschnationalen in der Preuß. Landesversammlung, Finanzminister a. D. Hergt, bekanntgegeben und das weit hin Beachtung gefunden hat. (Siehe Mitteilung).

... Oberhof, 6. Dez. Schon öfters und nicht zuletzt bei der Sammlung für bedürftige Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, welche im Oktober d. Jrs. im Kreis Unterlahn stattfand, haben die Einwohner von Oberhof sich durch ihre Freigebigkeit ganz besonders hervorgetan. So auch jetzt wieder, bei einer Sammlung veranstaltet durch die wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen-Ortsgruppe Nassau und Umgebung, zum Zwecke einer Weihnachtsbelebung für Kriegsbeschädigte und bedürftige Kinder der Kriegsbeschädigten. Diese Sammlung hat die schöne Summe von Mr. 187, in dem kleinen Oberhof ergeben. Es ist dieses ein Beweis für die Opferwilligkeit der Oberhöfer, welche trotz der schweren Zeiten, stets ihre mildtätige Hand, für solch edle Zwecke, wenn es gilt die von dem schrecklichen am schwersten Betroffenen zu unterstützen, gerne öffnen. Den Bewohnern von Oberhof gebührt daher für ihre Opferwilligkeit, herzlicher Dank und ihr Beispiel sollte zur Nachahmung anfeuern.

### Aus Bad Ems und Umgegend.

Stenographie. Auf den heutigen Abend 8 Uhr im Wiener Hof beginnenden Aufzugskursus nach den besten und leichtesten System Gabelsberger wird nochmals aufmerksam gemacht.

Hohenstaufen-Kino. Es wird uns geschildert: Noch sehr schöne Dramen werden diesmal im Hohenstaufen-Kino abgegeben. „Überholen“, ein Drama in 3 Akten mit tieferegreifenden Szenen. Dann folgt das vielbekannte, metaphysische Erlebnis des berühmten Max Reinhardt „Der lachende Tod“. Spannend und hinzehend von Anfang bis zu Ende. Eine schöne Dokumentation vervollständigt das ausgewählte Programm.

### Weihnachtsbitte.

Schon rüstten die Kinder, die unsere Kleinkinderschule besuchen, sich wieder auf das Fest aller Feste, das im Anzug begriffene Weihnachtsfest, und ihre Augen leuchten hell auf in froher Erwartung im Gedanken an die strahlenden Lichter des Christbaums. Wir wollen ihre Hoffnung auf eine schlichte Schulzeit nicht trüben. Freilich wird es erst recht in der gegenwärtigen schweren Zeit, die sich auch uns bei Erhaltung der Schule fühlbar macht, uns nur möglich sein, wenn die Freunde unserer Schule uns auch in diesem Jahre durch Darreichung von Gaben bei der Versorgung des Festes unterstützen. So bitten wir denn herzlich und dringend darum. Alles, was zur Verschönerung verwendet werden kann, ist und willkommen. Gaben in bar, Spielzeugen, Kinderkleidungsstücke, Backware usw. Zur Empfangnahme der selben sind neben der Kleinkinderschulleiterin, Schwester Emilie Bellerer die Unterzeichneten bereit.

Die 3. den 27. November 1919.

### Der Vorstand des Vaterl. Frauenvereins Diez.

Frau Gabriel, Vorsitzende, Frau Herm. Balmer, Frau Wilhelm Bühl, Frau Eichholz, Frau Hollen, Fräulein E. Dell, Frau Tilla Müller, Frau Medizinalrat Pelschull, Frau Eichmeister Steiner, Frau Sophie Schmidt, Frau Harter Schwarz, Frau K. Thomas, Frau Landrat Thon, Frau Delan Wilhelm, Frau Kreissekretär Zimmermann.

## Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems Stadtverordnetenversammlung Donnerstag, den 11. Dez. 1919, nachm. 4 Uhr

A. Vorlagen des Magistrats.

1. Errichtung einer Kaserne.
2. Wahl der unbefoldeten Mitglieder des Magistrats.
- B. Anträge:
1. Antrag des Sportvereins um Einführung des Sportplatzes
- C. Mitteilungen:

Die Akten liegen Dienstag, den 9. und Mittwoch, den 10. ds. Ms. beim Schriftführer — Oberstadtschreiber Paul — im Rathaus während der Dienststunden offen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebnis eingeladen.

Bad Ems, den 6. Dezember 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.  
Dr. Stemmler.

### Verkauf von Weißkraut.

Diejenigen Personen, die auf ihren Lieferchein Weißkraut nicht erhalten haben können die Mengen am Dienstag und Mittwoch vormittags 8—12 u. nachmittags 2—4 Uhr im Spritzenhaus abholen.

Weitere Liefercheine können im Verbrauchsmittelamt abgeholt werden.

Bad Ems, den 6. Dezember 1919.

### Verbrauchsmittel-Amt.

### Aufräumung der Be- u. Entwässerungsgräben.

Mit Bezug auf § 1 der Polizei-Verordnung vom 1. 10. 1911 Kreisbatt Nr. 221 wird der Endtermin zur Aufräumung der Be- und Entwässerungsgräben auf

15. Dezember 1919

festgesetzt. Säumige werden auf Grund des § 3 der vorbeschriebenen Polizei-Verordnung bestraft.

Es ist im Interesse der wirtschaftlichen Nutzung ordentlich, daß in allen Wiesen, die bewässert werden können, die Bewässerungsgräben ausgeräumt werden.

Aus dem gleichen Grunde müssen Sumpfwiesen entwässert werden. Die Feldhüter haben Weisung Säumige zur Anzeige zu bringen.

Bad Ems, den 28. November 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gen. Ms. b. 1

Zu das hiesige Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 5 die Genossenschaft unter der Firma: „Allgemeiner Konsumverein für Ems und Umgegend“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Bad Ems eingetragen worden. Das Statut ist am 15. September 1919 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinschaftliche Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbürotheien im großen und kleinen im Namen gegen Vorzuhaltung an die Mitglieder. Vorstandsmitglieder sind: 1. Richard Venken, 2. Karl Spiegel, 3. Heinrich Ober, 4. Martin Auster, 5. August Ehl zu Bad Ems, 6. Christian Lehmler zu Krabach, 7. Martin Schuster zu Bad Ems. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der Genossenschaft mit Unterzeichnung mindestens zweier Vorstandsmitglieder in der Emser Zeitung. Die Willenserklärungen des Vorstandes erfolgen durch mindestens zwei Vorstandsmitglieder und zwar durch den Direktor und ein Vorstandsmitglied. Die Bezeichnung geschieht dadurch, daß die Bezeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Unterschriften befügen. Die Haftsumme beträgt 50 Mark, die Höchstzahl der Geschäftsanteile der einzelnen Mitglieder: 1. Die Einsicht in die Liste der Genossen während der Dienststunden des Amtsgerichts jedem gestattet.

Bad Ems, den 5. Dezember 1919.

### Das Amtsgericht.

### Allgemeine Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis, Sektion Ems.

Die rückständigen Beiträge für den Monat November sind an die Kasse zu entrichten, andernfalls das Vertriebsverschaffungsverfahren eingeleitet wird.

Bad Ems, den 4. Dezember 1919.

### Der Vorstand.

### Die Platanenbäume

an der Synagoge Ems sind zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Angebote an Kultusvorsteher Herrn A. Salomon einreichen.

[815]

### Maler, Ausstreicher und Lehrlinge

Sucht

W. Seibel, Diez.

### Der treue Eruhrer



des Lederzeuges ist und bleibt

Dr. Gentner's Delwachlederwerk

### Nigrin

Keine Wasserlakme — nur aus Öl und Wachs bestehend — gefriert nicht, verdreht und durchsetzt die Dosen nicht, gibt auch wasser- und wetterfesten Hochglanz.

Nur hauchdünn mit Lappen anstragen.

## Grosse öffentl. Versammlung

am Dienstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr

### im Gasthaus „Zur Krone“.

#### Tagesordnung:

1. Betriebsrätegesetz.
2. Lohnverhältnisse.
3. Freie Aussprache.

Referent: Sekretär Müller.

Männer und Frauen erscheint alle!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Einladung

zu dem öffentlichen Vortrag  
des Herrn v. Stedman, Bischöflich bei Vallendar o. S.,  
über „Das Hergstche Ordnungsprogramm“  
am Mittwoch, 10. Dezember, nachmittags 5½ Uhr  
im Saale des „Bellevue“ in Nassau.

Ideermann hat zur Zeit unsere Mitglieder u. Freunde  
in Stadt u. Land bitten wir um ein vollzähliges Frühstück.

Deutschnationale Volkspartei,  
Ortsgruppe Ems-Nassau u. Umgebung.

### Mein lieber Freund



Die schönsten Pfeifen, Spitzen, Tabakbeutel, Etuis, Streichholzhausen, Feuerzeuge aller Art, Gasanzünder, Feuersteine für alle Systeme, sowie Rasiermesser, Apparate, Klingen, Streichriemen und Abziehmaschinen, Haar- und Bartmaschinen, Seheren, Taschenmesser, Brieftaschen, Portemonnaies und Damentaschen

findest Du in grösster Auswahl bei

Math. Grün, Bad Ems, Bahnhofstr. 8.

### Wichtig für Besitzer von Wertpapieren.

Vordruck für das an die zuständigen Finanzämter (Steuerämter) einzureichende

### Verzeichnis von Wertpapieren

zu haben in der

Buchdruckerei von H. Chr. Sommer  
Bad Ems u. Diez.

### Eesti Grunow Romane

Christenz.  
Rhein. Hause, 1. steht Person  
s. dort Bezirksfiliale. Ort und  
Beruf gl. (Lösen). Angebot  
unt. Dr. W. 5379 an Rudolf  
Mose, Düsseldorf. [772]

### Metallbetten

Schlafmatratzen, Kinderbetten,  
Polster an D. Ledermaul, stat. frd.  
Eisenmöbelobjekt, Cuhl im Thür.

### Hans

zu kaufen gesucht.  
Angebote mit Preis mit Nr. 413  
an die Geschäftsstelle [779]

### National-Kontrollkasse

für mittlere Detalgeschäfte geeignet  
geg. sofort ab Standort gesucht.

Fr. Weller, Erfurt,  
Bergstraße 77.

### Wer sucht zuverlässige Kinderfrau

für nachmittags in Ems oder  
Nassen. Näheres Geschäftsstelle.

In ein erstes Weinrestaurant  
nach Köln sofort mehrere  
brave

### Mädchen

für Küchenarbeit gesucht.

Lohn 100 M. Vorstellung  
Lahnstr. 38, part. Ges.

### Ordentliches

Dienstmädchen

sofort gesucht.

Dampfsägerei Reinhard,

Diez. [781]

### G. May, Diez.

... [782]

### Kindereisenbahn

zu viel u. zuwen.

Coblenzerstr. 16, 1. St., Ges.

### Gebrauchter, gut erhalten

Ofen

zu kaufen gesucht.